



Bevölkerungsbefragung «Verkehrssicherheit»

Forderungen der Bevölkerung

Als Organisationen der Verkehrssicherheit setzen wir uns dafür ein, dass die Stimme der Bevölkerung gehört und ihre Meinung entsprechend umgesetzt wird. Aufgrund der Umfrageresultate stellen Am Steuer Nie, Blaues Kreuz Schweiz und RoadCross Schweiz folgende **Forderungen**:

→ **Keine Liberalisierungen zulasten der Verkehrssicherheit**

Die Bilanz des Verkehrssicherheitspakets «Via Sicura» fällt positiv aus. Dennoch wurden einige Massnahmen abgeschwächt oder noch vor Inkrafttreten gänzlich gestrichen. Mit gutem Rückhalt in der Bevölkerung kann diesen Liberalisierungsbestrebungen entgegengetreten und diese verpassten Chancen zugunsten der Verkehrssicherheit ergriffen werden. Die Forderung nach Verminderung der Strafe von Raser-Delikten wird von sieben von zehn Befragten abgelehnt (72%). Rund zwei Drittel der Befragten halten sowohl eine Wegfahrsperre bei Alkoholeinfluss (41% sehr bzw. 23% eher geeignet) wie auch eine Nachschulung bei Fehlverhalten (34% bzw. 32%) für ein geeignetes Instrument, um zu verhindern, dass alkoholisierte Personen ein Fahrzeug lenken.

Im März 2023 hat das Parlament die **Gesetzgebung zu Raser-Delikten** aufgeweicht. Zwar können Raser:innen weiterhin mit mindestens einem Jahr Gefängnis und zwei Jahren Führerausweisentzug bestraft werden. Ausnahmen sind bei achtenswerten Gründen und bei gutem Leumund aber möglich. Wir werden die richterliche Praxis genau beobachten und bei zu weichen Urteilen für Raser:innen mit entsprechenden Schritten reagieren. Ausnahmen dürfen nicht zur Regel werden.

Aus Präventionssicht leisten **Alkohol-Wegfahrsperren** einen sinnvollen Beitrag zur Verkehrssicherheit. Sie müssen für eine präventive Wirkung jedoch anders als ursprünglich vorgesehen eingesetzt werden. So, wie die Alkohol-Wegfahrsperren im Massnahmenpaket „Via Sicura“ vorgesehen waren, sind sie eine zusätzliche Verschärfung für Alkohol-Delinquente. Wenn sie hingegen als Massnahme eingesetzt würden, wodurch die Dauer eines Fahrausweisentzugs aufgrund von Alkohol-Delikten vermindert werden könnte, hätten Alkohol-Delinquente eine zusätzliche Motivation, ihr Verhalten so schnell wie möglich zu verändern. Denn Alkohol-Wegfahrsperren geben fehlbaren Lenkenden eine Chance, ihr Fahrzeug in kontrollierter Form wieder zu benutzen. Die Massnahme sorgt dennoch zuverlässig dafür, dass Personen im angetrunkenen Zustand ihr Auto nicht mehr fahren können. Alkohol-Wegfahrsperren werden in anderen Ländern seit Langem erfolgreich auf diese Weise angewendet und erhöhen die Verkehrssicherheit nachweislich.

Wie die Bevölkerung sehen wir die **Nachschulung von fehlbaren Fahrzeuglenker:innen** als ein wichtiges Mittel, um die Sicherheit auf den Strassen zu verbessern. Die obligatorische Nachschulung wird im Schlussbericht 2005 des ASTRA als Massnahme mit «sehr gutem Nutzwert» durch direkte Beeinflussung der Verkehrsteilnehmenden beschrieben. Die obligatorischen Nachschulungskurse sind zudem ein äusserst geeigneter Rahmen, um Personen mit einem risikoreichen Substanzkonsum oder mit einer Suchtgefährdung zu identifizieren und wenn nötig zu Hilfsangeboten zu triagieren. Wir fordern, an der Umsetzung der



schadensmindernden Massnahme «Nachschulung von fehlbaren Fahrzeuglenkern und Fahrzeuglenkerinnen» festzuhalten und setzen uns für eine schlanke Umsetzung ein.

Wir fordern klare und wirksame **Gesetze für die Handynutzung** am Steuer. Für rund neun von zehn Befragten ist die Ablenkung durch Handynutzung (69% sehr, 22% eher wichtig) das wichtigste Thema der Verkehrssicherheit. Auch aus Sicht der Unfallprävention ist klar: Wer fährt, schaut auf die Strasse und hat die Hände am Steuer. Bundesgerichtsentscheide lassen hierbei leider deutlich mehr Interpretationsspielraum. Wir empfehlen eine Gesetzesanpassung, die Klarheit schafft und für mehr Sicherheit sorgt.

Die Entwicklung von Alkoholunfällen auf Autobahnen war seit Jahren konstant oder rückläufig. Dennoch wurde 2021 das **Verbot von Alkoholausschank und -verkauf auf Autobahnraststätten** aufgehoben. Die Aufhebung des Verbots kann die Problematik wieder verschärfen. Denn Autofahren und Alkohol vertragen sich nicht, insbesondere nicht auf der Autobahn bzw. auf Autobahnraststätten, die nur motorisiert erreichbar sind. Diese Wettbewerbsfreiheit ist eine Liberalisierung am falschen Ort: Das Verkaufs- und Ausschankverbot dient unmittelbar dem Schutz der körperlichen Unversehrtheit und des Lebens von sich und anderen Verkehrsteilnehmenden. Dieser Schutz ist höher zu gewichten als wirtschaftliche Interessen.

→ **Stärken der Eigenverantwortung durch Prävention und Sensibilisierung**

Die Hauptverantwortung der Verkehrssicherheit trägt aus Sicht der Schweizer Bevölkerung jede:r selbst (70%). Laut Unfallstatistik sind Unaufmerksamkeit/Ablenkung, Vortrittsmissachtung, Geschwindigkeit und Alkohol die vier häufigsten Hauptursachen – allesamt Verhaltensfehler. Um das Bewusstsein der Bevölkerung hinsichtlich der Unfallrisiken zu fördern und eine verantwortungsvolle Verkehrsteilnahme zu stärken, braucht es eingängige Kampagnen und eindrückliche Präventionsarbeit, welche das Verhalten und die Gewohnheiten der Verkehrsteilnehmenden nachhaltig verändern und positiv prägen. Für dementsprechend wichtig erachtet die Bevölkerung denn auch Präventionsarbeit, wie sie etwa Am Steuer Nie, das Blaue Kreuz oder RoadCross Schweiz leisten. Dafür brauchen wir als Präventionsakteure den Willen und die Unterstützung der Politik.

Für unfallfreie Schweizer Strassen braucht es eine langfristige Planung, konkrete und griffige Massnahmen, ein Zusammenspiel aller Akteure und ein klares Bekenntnis der Politik zum eingeschlagenen Weg. Die Bevölkerung zählt auf Sie!

27.02.2024